Ebbe und Flut

Wasserstände an der Elbe

	Wischh.	Grauerort	Cranz
HW I	6.13	6.43	7.30
HW II	18.18	18.50	19.36
NW I	0.50	1.26	2.28
NW II	12.51	13.25	14.27

Quelle: BSH

Polizei

Polizei sucht Verursacherin eines Unfalls

Stade. Ein Zusammenstoß mit einer Fußgängerin endete für einen 63-jährigen Fahrradfahrer im Krankenhaus. Der Unfall ereignete sich nach Polizeiangaben bereits am Montag, 1. Juli. Demnach befuhr ein 63-jähriger Buxtehuder gegen 17.10 Uhr den Fahrradweg in der Bahnhofstraße. Eine Dame kreuzte den Fahrradweg in Höhe Hausnummer 19 - ohne dabei auf eventuelle Radfahrer zu achten, berichtet Polizeisprecher Rainer Bohmbach. Der Fahrradfahrer habe eine Gefahrenbremsung einleiten müssen. Durch die regennasse Fahrbahn sei es zum Sturz gekommen. Dabei wurde der Mann leicht verletzt und sein Fahrrad beschädigt. Nach der Erstversorgung wurde der 63-Jährige in das Elbe Klinikum gebracht. „Die Verursacherin kümmerte sich nicht weiter um die Unfallfolgen“, sagt Bohmbach. Sie verließ, ohne ihre Personalien zu hinterlassen, den Unfallort. Die Polizei ermittelt nun unter anderem wegen fahrlässiger Körperverletzung und Unfallflucht.

Die unbekannte Frau wird als circa 1,75 Meter groß mit kurzen grauen Haaren beschrieben. Sie soll etwa 70 Jahre alt sein. Zum Unfallzeitpunkt trug sie einen hellblauen Hosenanzug. Zeugen können sich unter 04161/647115 bei der Polizei zu melden. (set)

Tempo-Kontrolle

Mobil kontrolliert wird heute in:

Nindorf, Asselermoor, Fredenbeck, Kutenholz, Ahlerstedt, Ottendorf, Dollern, Nottensdorf. Änderungen und weitere Kontrollen möglich.

Hallo, wie geht‘s?

„Mir geht es gut, weil unser Buxtehuder Gilde-Schützenfest bisher so gut gelaufen ist.“

Reinhard Meier, Präsident der Schützengilde von 1539

Sozialwohnungen: Es gibt sie wieder

Zwei junge Unternehmer aus Hamburg setzen mit öffentlicher Hilfe auf den Bau von günstigen Wohnungen - Auch in Stade

VON LARS STRÜNING

Das neue Gebäude mit 16 Sozialwohnungen steht im Stader Bullenhof. Foto: Strüning

Stade. Diese Wohnungen benötigt der Markt dringend: Sozialwohnungen mit geringer Miete. 16 davon hat jetzt das Hamburger Ingenieurbüro GZ im Stader Bullenhof geschaffen. Sie würden dort gerne mehr bauen. Doch das geht nicht.

Osman Gömleksiz und Tolga Zurnaci haben sich auf den Bereich des sozialen Wohnungsbaus spezialisiert. Sie unterstützen Investoren dabei, wie sie bei der Planung und Finanzierung vorgehen können. Sie haben eine Internetplattform kreiert unter www.sozialer-wohnungsbau.de mit vielen sachlichen Informationen zum Thema. Und sie zeichnen und bauen selbst. So wie in Stade.

Sozialer Wohnungsbau muss nicht billig aussehen

Im Juni war ihr Mehrfamilienhaus am Bullenhof in Stade fertig. 16 Mietparteien finden durchaus ansprechende Wohnungen vor. Sozialer Wohnungsbau, auch das ist ein Credo des Duos, muss nicht billig daherkommen. Die Unterkünfte sind zwischen 50 und 70 Quadratmeter groß, bieten zwei oder drei Zimmer, Balkon oder Terrasse, Fußbodenheizung und Fahrstuhl. Energie wird über Wärmepumpen geliefert. „Wir verwenden den neuesten Stand der Technik und legen viel Wert auf Nachhaltigkeit“, sagen die beiden. Bewusst haben sie dabei auf Keller und Tiefgarage verzichtet. Die Wohnungen fielen behinderten- und seniorengerecht aus. Dafür kann sich der Mietpreis sehen lassen.

Lediglich 6,40 Euro pro Quadratmeter werden fällig. Das hat einen guten Grund, denn der 4,5 Millionen Euro teure Bau wurde komplett von der öffentlichen Hand über die N-Bank finanziert. Zinsen fallen keine an, lediglich der Verwaltungsaufwand wird berechnet, so Gömleksiz und Zurnaci. Sie müssen zudem Auflagen erfüllen. Die Mieten blieben stabil über 25 Jahre, lediglich Anpassungen an die Inflation seien geduldet. Die erste Erhöhung sei nach drei Jahren möglich.

Wie begehrt die Sozialwohnungen sind, merkten die Investoren, als sie die Anzeige zum Objekt veröffentlichten. Innerhalb von 18 Stunden liefen 85 Anfragen auf. Innerhalb von vier Tagen sei alles vermietet gewesen. Anspruch auf eine derart geförderte Sozialwohnung haben nur Menschen mit Berechtigungsschein, den die Kommune ausstellt.

Bei der Vermietung hätten die GZ-Ingenieure auf einen guten Mix geachtet. Alleinerziehende Mütter mit Kind, Senioren oder kleine Familien sind jetzt am Bullenhof, der von der Altländer Straße abzweigt, untergebracht. Das ist nicht gerade Stades erste Adresse, aber Gömleksiz und Zurnaci nehmen für sich in Anspruch, diese Ecke aufgewertet zu haben. Gern würden sie an Ort und Stelle noch ein zweites Gebäude mit 16 Wohnungen errichten. Das Grundstück gehört ihnen bereits. Sie werden aber ausgebremst.

Keine Wohnungen mehr am Stader Bullenhof

Das Problem: Die Flächen am Bullenhof sind ein Mischgebiet, wo laut städtischem Bebauungsplan Wohnen und Gewerbe zulässig sind. Das Gelände, erklärt Stades Erster Stadtrat Lars Kolk, müsse ein breites Nutzungsspektrum anbieten und dürfe nicht einseitig belegt werden. Der Mix zwischen Wohnen und Gewerbe müsse 50:50 betragen. Bereits jetzt würden etwa zwei Drittel für Wohnungen genutzt. Weitere Genehmigungen verböten sich. „Dann handelt es sich um Etikettenschwindel“, sagt Kolk. Zudem müsse das dort bereits vorhandene Gewerbe geschützt werden. Er sagt aber auch: „Wir hätten gern diesen Wohnungsbau.“ Vielleicht dann an anderer Stelle.

„Wir brauchen sozialen Wohnungsbau“, sagt Gömleksiz. Immer mehr Wohnungen fielen aus der Preisbindung, immer mehr bedürftige Menschen hätten Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Laut Berechnungen des Bündnisses für soziales Wohnen fehlten 2022 in Niedersachsen 100.000 bezahlbare Wohnungen, führt www.sozialer-wohnungsbau.de aus. Bis 2030 sollen in Niedersachsen 40.000 neue Wohnungen mit sozialer Bindung entstehen – so der Plan. Dafür ständen 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung.

Die Wurzeln des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Das schnelle Wachstum der Städte und die Industrialisierung führten zu einem hohen Bedarf an Wohnraum. Die entstandenen Wohnverhältnisse waren oft schlecht, und es mangelte an Hygiene und Komfort. Um die Wohnsituation der arbeitenden Klasse zu verbessern, entstanden die ersten gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften.

Freibad: Bürgerverein holt zum Rundumschlag aus

Offener Brief des Vorsitzender Andreas Dankert als Abrechnung mit der Stadt Stade nach 50 Jahren Zwangseingemeindung

VON LARS STRÜNING

Stade. Mit deutlichen und zum Teil emotionalen Worten reagiert der Bürgerverein Bützfleth auf die Diskussionen um die Zukunft des abgängigen Bützfletherher Freibads. Politik, Stadtverwaltung und auch das TAGEBLATT dürfen sich heftige Kritik anhören.

Aus den Worten von Andreas Dankert, der als 1. Vorsitzender für den Bürgerverein ein mehrseitiges Schreiben verfasst hat, spricht viel Frust. Er beschwert sich über eine stiefmütterliche Behandlung Bützflether Belange vor allem durch die Stadt Stade und wirft dem TAGEBLATT tendenziöse Berichterstattung vor. Erst mal geht der Blick zurück.

„Bewundernswerte Toleranz“ der Menschen in Bützfleth

Seit mehr als 50 Jahren, so Dankert, trügen die Einwohner der ehemaligen Gemeinde und heutigen Ortschaft Bützfleth der Hansestadt Stade die Hauptlast für die positive Entwicklung einer ganzen Region. Und das – trotz der hohen Belastung – „mit einer einzigartigen und bewundernswerten Toleranz der hier lebenden Menschen“.

Seit 50 Jahren würden die Menschen hier vor Ort „über alle Maßen belastet“, aber keiner nehme die daraus resultierende Verantwortung ernst. Dankert spricht von grundsätzlichen und berechtigten Ansprüchen der Ortschaft und fordert Respekt. Jedes Jahr müssten es Millionen sein, die in der Ortschaft Bützfleth durch die Stadt investiert werden, quasi als Gegenleistung für die Gewerbesteuer, die die Stadt von den Industriebetrieben auf Bützflethersand einnimmt. Dankert beschwert sich über eine stiefmütterliche Behandlung des Ortsteils, zum Beispiel beim öffentlichen Nahverkehr. Keine Ortschaft sei an Stade so schlecht angeschlossen wie Bützfleth. Dabei hätte die marode Stader Altstadt ohne Bützfleth abgerissen werden müssen.

Weiter heißt es in dem Schreiben, das als Offener Brief deklariert ist und unter anderem auch an den Landrat und an den Stader Bürgermeister gesendet wurde: „Aber wir haben zu verzichten... Wir, die zwangsweise eingemeindet wurden, sollen immer weniger Lebensqualität mit immer mehr Belastung ertragen, damit andere Prestigeobjekte dieser Hansestadt saniert, gebaut oder verschönert werden können? Das ist schon beleidigend gemeint – denn nur so kann es verstanden werden.“

> „Wir können über vieles diskutieren, aber nicht darüber, dass die Menschen in Bützfleth auf irgendetwas verzichten müssen!“
>
> **Andreas Dankert, 1. Vorsitzender des Bürgervereins Bützfleth**

Mit Süffisanz blickt er dabei auf die Stader „Gewinnmaschinen“ wie Stadeum, Solemio oder Parkhäuser, die in Wahrheit auch ein Defizit aufweisen wie das Bützflether Freibad. Dankert führt weiter aus: „Wir können über vieles diskutieren, aber nicht darüber, dass die Menschen in Bützfleth auf irgendetwas verzichten müssen!“ Etwa ein Drittel des Stadtgebiets entfielen auf die ehemalige Gemeinde Bützfleth, etwa zehn Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner der Hansestadt Stade lebten in Bützfleth. Allein, dass der Trägerverein sich um das Freibad kümmern müsse, sei ein Trauerspiel für die Stadt.

Neben dem Betrieb eines dann neuen Freibads gebe es sehr viele Ideen für Bützfleth. Zum Beispiel ein Mehrgenerationenhaus. Doch statt Kita oder Dorfgemeinschaftshaus neu zu bauen, sei die Kita auf Kosten des Gemeinschaftshauses ausgebaut worden.

Ortskernsanierung als „komplettes Desaster“

Kein gutes Haar lässt Dankert an der Ortskernsanierung, die die Stadt vorangetrieben hatte. Er fragt, „was davon wirklich den Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Ortschaft zugutekommt?“. Infrastrukturell sei es ein „komplettes Desaster“. Seit Jahrzehnten habe es keine Diskussionen gegeben, wie die Lebensmittelversorgung verbessert oder wie Geschäfte und Betriebe im Ort angesiedelt werden könnten. Es werde nur darüber gesprochen, „wie man unsere Ortschaft noch weiter physisch und psychisch vom Stadtzentrum entfernen kann (A26 Richtung Drochtersen, Industrie- und Gewerbegebiet Schnee/Hörne)“.

Die Weichen seien immer gegen Bützfleth gestellt worden, „weil es erst einmal wichtiger war, dort zu entwickeln, wo Lobbyismus am lautesten betrieben wurde. Dort wo Prestige gebraucht wurde, um das eigene Ego zu heben“. Die Bützfletherher sollten nicht das Gefühl haben, die gemolkene Kuh zu sein, sondern ein vollwertiges und geschätztes Mitglied der Region. Das habe auch etwas mit Dankbarkeit zu tun. Dankerts Schlussfolgerung: „Wenn man uns nicht will, dann kann man sicherlich im gegenseitigen Einvernehmen die Eingemeindung rückgängig machen.“